



Schweizerische Volkspartei Appenzell Innerrhoden

PRESSECOMMUNIQUÉ DER SVP Appenzell Innerrhoden

Standeskommission auf Irrwegen

Appenzeller Volksfreund – Mitteilung der SK AI vom 6.11.2025 «Innerrhoden befürwortet EU-Abkommen»

Das von der Standeskommission befürwortete EU-Abkommen wird als Garant für Stabilität und Wohlstand verkauft – doch dieser Schein trügt gewaltig. Die SVP AI erachtet das Urteil der Standeskommission zu diesem Abkommen als befremdend und zeugt der Unkenntnis der 2228 Seiten des besagten Abkommens und dessen über 20'000 Seiten automatisch zu übernehmenden EU-Verordnungen und Richtlinien.

Das Abkommen fordert die Übernahme von EU-Recht (dynamische Rechtsübernahme), was in Paragrafen wie im „Änderungsprotokoll zum Freizügigkeitsabkommen“ festgeschrieben ist. Hier wird Schweizer Recht faktisch zugunsten des EU-Rechts ausser Kraft gesetzt. Das bedeutet einen massiven Verlust unserer staatlichen Souveränität und damit auch der direktdemokratischen Mitsprache. Parlament und Kantone, somit unsere Landsgemeinde verlieren Entscheidungsbefugnisse, die Schweiz fügt sich einer fremden Gerichtsbarkeit unter. Das ist keine Partnerschaft auf Augenhöhe, sondern eine schleichende Unterwerfung.

Die Standeskommission hebt den bilateralen Weg und den „verlässlichen Marktzugang“ hervor. Doch gerade dieser bilaterale Weg wird durch das Vertragspaket faktisch aufgegeben. Die neue Verpflichtung zur «dynamischen» Rechtsangleichung mit der EU macht den Weg frei für eine immer engere Einbindung – ohne dass die Schweiz Einfluss auf diese Regeln hat. Sollte die Bevölkerung Entscheide oder Richtlinien ablehnen, sind seitens der EU Sanktionen angesagt (sog. «Ausgleichsmassnahmen»). Das ist kein stabiler Marktzugang, sondern Erpressung.

Zum Thema Lohnschutz: Die EU verlangt Lockerungen bei flankierenden Massnahmen und Lohnkontrollen, wie bereits bei früheren Verhandlungen sichtbar wurde (EuGH könnte ausländische Lohnschutzregelungen legitimieren). Das Abkommen sieht zwar Schutzmassnahmen vor, doch Gewerkschaften warnen, dass sie unzureichend sind und unsere Arbeitsbedingungen gefährdet bleiben. Gerade die Forderung nach einem verbindlichen Lohnschutz (Massnahmenpaket mit 14 Punkten) ist ein letzter verzweifelter Versuch, das Schlimmste zu verhindern.

Die Personenfreizügigkeit wird durch das „Änderungsprotokoll“ kaum noch kontrollierbar. Entgegen der Bundesverfassung kann die Zuwanderung in Zukunft nicht mehr allein durch die Schweiz gesteuert werden. Das bedeutet eine potenzielle Überforderung mit sozialen und infrastrukturellen Folgen, die auch in Innerrhoden spürbar werden können. Die Boden- und Mietpreise dürften bei nochmals zunehmender Einwanderung weiter in die Höhe schnellen, und so den Erwerb von Wohnimmobilien durch unseren Mittelstand völlig verunmöglichen. Die Schweizer Bevölkerung verliert dadurch Kontrolle über ihre Grenzen und damit über wesentliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen.

Die SVP AI stellt fest, dass das EU-Abkommen mehr ist als nur eine Aktualisierung der bisherigen Verträge – es ist ein verfehlter und tiefgreifender Eingriff in unsere staatliche Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialordnung. Es führt uns schleichend in einen Zustand, in dem wir nicht mehr Herr

über unsere Gesetze, unseren Arbeitsmarkt oder unsere Einwanderungspolitik sind. Die schönen Worte von stabilem Wohlstand und gegenseitigem Nutzen können diese fundamentalen demokratischen und souveränen Werte keinesfalls aufwiegen. Es ist für die SVP AI unverständlich, dass unsere Regierung - ohne Not – bereit ist, unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit preiszugeben. Die SVP AI sieht ein klares «Nein» zu diesen Verträgen als nicht nur gerechtfertigt, sondern überlebens notwendig.

7. November 2025 - SVP AI Schweizerische Volkspartei Appenzell Innerrhoden